

Blocher zieht in die Schlacht

Chance auf einen Sieg gegen «fremde Richter» könnte geringer sein, als er hofft

VON DENIS VON BURG
UND PASCAL TISCHHAUSER

BERN Alt-Bundesrat Christoph Blocher eröffnet schon jetzt den Kampf gegen die EU-Pläne des Bundesrats: «Bereits im September treffen sich EU-Kritiker zur Bildung des überparteilichen «Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt», sagt Blocher (siehe unten). Er nimmt den Kampf gegen ein Schiedsverfahren zwischen der Schweiz und der EU auf, bevor der Bundesrat seine Pläne mit der EU verhandelt hat. Der Mann, der 1992 schon den EWR gebodigt hat, will wie damals gegen die «fremden Richter» antreten. Und auch diesmal wird er von der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) sekundiert.

Vor 20 Jahren hat Blocher die Schlacht gegen den EWR im Alleingang gegen das gesamte Polit-establishment gewonnen. Diesmal kann er gar auf die Unterstützung der FDP hoffen. Und trotzdem wird es für ihn schwieriger.

Im Freisinn sehen viele die Bundesrats-Pläne skeptisch. Zwar schweigt die Partei offiziell noch, aber bis in die FDP-Spitze geht die Angst um, mit einem Ja zu «fremden Richtern» Wähler zu verlieren. Wenn Blocher die FDP für sich gewänne, könnte er zum ersten Mal in der Geschichte der bilateralen Verträge das Pro-Bündnis aus den Mitte- und Linksparteien aufbrechen.

Ein Teil der FDP-Basis ist längst bei den EU-Gegnern

Die Frage ist aber, ob eine offizielle Unterstützung durch die FDP wirklich von Belang ist. Ein Teil der FDP-Basis war nämlich schon immer kritisch gegenüber der weiteren Annäherung an die EU. Politogeograf Michael Hermann sagt: «Es ist gut möglich, dass sich jetzt nur noch die Parteispitze dorthin bewegt, wo ein Teil der Basis längst ist.» Selbst wenn sich die FDP-Spitze auf Blochers Seite schlagen würde, könnte er also nicht automatisch mit mehr Stimmen aus dem Freisinn rechnen.

Mit der Warnung vor «fremden Richtern» verfügt Blocher erstmals seit dem EWR wieder über ein Argument, mit dem sich die Souveränitätsfrage stellen und der Abstimmungskampf emotionalisieren lässt.

Allerdings hat sich die Schweizer Souveränität seit 1992 auf vielen Gebieten relativiert. Ohne dazu gezwungen zu sein, ist der automatische Nachvollzug europäischen Rechts als «autonomer Nachvollzug» längst Realität geworden. Auch hat der Bundesrat in den letzten Jahren das Bankgeheimnis unter dem Druck aus der EU und den USA aufgeweicht und bei der Verfolgung von Steuersündern internationale Rechtsnormen übernommen.

Der innenpolitische Widerstand hat sich in überschaubarem Rahmen gehalten. Die Bedeutung der Souveränität hat sich auch im Bewusstsein der Bevölkerung relativiert. «Die Stimmung im Land ist nicht mehr vergleichbar mit 1992», sagt Hermann. Er zweifelt daran, dass ein Abstimmungs-

kampf mit dem Bild der «fremden Richter» noch so stark polarisiert wie 1992.

Unterhändler wollen Ausgleichsmassnahmen

Auch die Schweizer Unterhändler könnten dafür sorgen, dass es für Blocher trotz frühem Einstieg und wohl massivem finanziellen Aufwand schwieriger werden dürfte als beim EWR. Dass der EU-Gerichtshof (EuGH) über Streitigkeiten im Rahmen der bilateralen Verträge richten soll, ist nicht verhandelbar. Hingegen wird über einen Mechanismus gefeilscht, der es ermöglichte, Luxemburger Urteile zu umgehen. Die EU möchte zwar einen Automatismus, in dem bei Missachtung eines Urteils sofort Vertragsteile ausgesetzt würden. Die Schweiz strebt hingegen eine Lösung an, in der über «Ausgleichsmassnahmen» verhandelt würde. Letzteres würde den Einfluss des EuGH relativieren. So verlöre Blocher das Argument der «fremden Richter» teilweise aus der Hand.

Sie wollen eine Lösung mit der EU bekämpfen, bevor diese wirklich ausgehandelt ist?

Ja, nur für einzelne Verträge, die wieder gekündigt werden können, gibt es eine Mehrheit. Aber niemals generell für fremde Richter und nicht für die automatische Rechtsübernahme.

Warum wollen Sie der Schweiz den bilateralen Weg verbauen?

Das Festhalten an der souveränen Schweiz ist ein wirtschaftlich grosser Vorteil. Für einen guten bilateralen Vertrag muss man nicht die Schweiz aufgeben. Es gibt nicht nur die unsinnigen EuGH- und Efta-Gerichtshof-Lösungen, sondern noch eine dritte Möglichkeit.

Welche denn?

Das Festhalten an der souveränen Schweiz. Das hat Micheline Calmy-Rey am Schluss ihrer Amtszeit erkannt. Frau Calmy-Rey will nämlich nicht in die EU. Herr Burkhalter hingegen war schon im Parlament für einen EU-Beitritt. Er sollte sich nicht zu sehr an den EU-Turbos in seinem Departement orientieren.

Was Sie wollen, ist ausserpolitischer Stillstand.

Nein! Aber die Schweiz ist zurzeit in der glücklichen Lage, dass es kein einziges, wirklich notwendiges bilaterales Abkommen braucht. Begrüssenswert wäre vielleicht ein Stromabkommen. Dieses will auch die EU. Sie ist deshalb bereit, dies von der institutionellen Frage abzukoppeln.

Der Bundesrat sieht das anders.

Es ist aber so. Man hat mir versichert, dass man fürs Energieabkommen vorgängig nicht mehr auf die Lösung der institutionellen Frage besteht. Weil die EU ein solches Abkommen will. Das zeigt, es gibt Wege, wenn die EU etwas unbedingt will.

Vielleicht in Ausnahmefällen.

Sonst braucht es eine Regelung zur Streitbeilegung, nicht?

Nein. Wir können das doch gleich handhaben wie bei anderen internationalen Verträgen in der Wirtschaft: Bricht bei einem bestimmten Vertrag Streit aus, bildet man dafür ein paritätisch besetztes Schiedsgericht zur Streiterledigung im konkreten Fall. So kann



Ruhe vor dem Sturm: Christoph Blocher wappnet sich gegen das Polit-Establishment

das Schiedsgericht mit Fachleuten fürs Streitobjekt bestückt werden. Eine solche Schiedsklausel verhindert fremde Richter, und es wird keine dynamische Rechtsnachfolge betrieben.

Wenn wir am EU-Binnenmarkt teilnehmen wollen, müssen wir dessen Regeln übernehmen.

Das braucht die Schweiz eben ge-

rade nicht. Was nötig ist, ist ein gegenseitiger, offener und freier Markt und nicht der Brüsseler Binnenmarkt. So wie sich Herr Burkhalter eine Teilnahme am EU-Markt vorstellt, führt dies zum EU-Beitritt, ohne dass die Schweizer bestimmen können.

Und wann wollen Sie den Abstimmungskampf starten?

Bereits im September treffen sich EU-Kritiker zur Bildung des überparteilichen «Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt». Auch linke und grüne Organisationen sind eingeladen. Naturschützer zum Beispiel. Ich bin bereit, das Präsidium zu übernehmen und die Auns die Geschäftsstelle.

INTERVIEW: P. TISCHHAUSER

«Für einen guten bilateralen Vertrag muss man nicht die Schweiz aufgeben»

SVP-Vizepräsident Christoph Blocher ruft wieder zum Kampf für eine souveräne Schweiz

FOTO: RAFFAEL WALDNER/13PHOTO

POLITOHHR

Ende Jahr tritt **Franz Steinegger** bekanntermassen nach 22 Jahren an der Spitze der Schweizerische Unfallversicherungsanstalt ab. Für seinen Abschied ist der Suva nur das Beste gut genug. Der preisgekrönte Schweizer Journalist und Autor **Erwin Koch** porträtiert in «Steinegger. Eine Annäherung» auf rund 150 Seiten den Urner FDP-Politiker und Juristen. Das leinengebundene Buch in schlichem Grau wurde an die 3000 Mitarbeitenden der Suva verteilt und soll so gut wie vergriffen sein. Zu den Kosten äussert sich die Suva nicht. Erschienen ist es übrigens im Verlag der NZZ. Vielleicht zu einem Vorzugspreis – immerhin war Steinegger bis April 2013 NZZ-Verwaltungsratspräsident.



Vergangenen Mittwoch ist dem Bundesratssprecher **André Simonazzi** an der offiziellen Pressekonferenz der Regierung wohl das Herz in die Hosen gerutscht. Auf die Frage eines Journalisten, ob denn die Entwicklungshilfe in Ägypten in der Regierungssitzung ein Thema war, antwortete Simonazzi – wie so oft: «Nein, das war kein Thema.» Aussenminister **Didier Burkhalter**, der direkt neben Simonazzi sass, sagte aber postwendend und für alle hörbar: «Doch!» Der Bundesrat grinste und meinte, Simonazzi habe nicht gut zugehört. Darauf wurde der Sprecher ein wenig bleich und sagte, er habe geschlafen. Fraglich ist, was uns mehr Sorgen machen sollte: ein Bundesratssprecher, der in der Regierungssitzung schläft, oder einer, der nicht immer wahrheitsgetreu informiert.

Wesentlich interessanter ist ohnehin **Didier Burkhalter**s Seitenwechsel. Der Mann, der bisher mit einer eigenwilligen Grenzziehung aufgefallen ist, hat sich jetzt neu eingereiht. Über den Sommer hat der Aussenminister seine Frisur getunt und den Scheitel flugs von rechts nach links verschoben.



In seinem Departement weist man alle Spekulationen über tiefere und insbesondere politische

Bedeutungen des neuen Verlaufs des Haarteilers von sich. Die Wahrheit ist wohl ohnehin einfacher: Die rechte Geheimratsecke wurde in letzter Zeit immer deutlicher. Die lässt sich jetzt mit einer Welle von links gut verstecken.

Am Freitag war St. Galler Tag. Doch während sich Preisüberwacher **Stefan Meierhans** darüber freute, dass er zu seinem 45. Geburtstag von der St. Galler Regierung in seinen Heimatkanton eingeladen worden war, musste SVP-Chef **Toni Brunner** seinen 39. am anderen Ende der Schweiz, an der Grenze zu Frankreich, feiern. Schon bald stellte Meierhans jedoch fest, dass er nicht wegen seines Geburtstages in St. Gallen war, sondern dass er, wie alle anderen Ostschweizer Bundesbeamten, zum alljährlichen Treffen geladen war. Für Brunner hingegen sangen die SVPlern fern der Heimat ein Geburtstagsständchen. Am Ende hatte Meierhans doch das schönere Geschenk: Er durfte an einer CVP-Veranstaltung mit **Christa Rigozzi** jassen.



ZITAT DER WOCHE

«Heute ist man glaube ich etwas konservativer im Krawattenbereich.»

Filippo Leutenegger

Der Ex-Arena-Moderator über seinen bunten Schlipf der ersten «Arena» vor 20 Jahren am Freitagabend in der «Arena»-Jubiläumssendung.